

Die Aussagen der Heerführer.

Hindenburgs Vorbehaltserklärung. —
Zwei Fragen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am Dienstag vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss erschienen, um die vom Ausschuss gewünschten Auskünfte zu geben. Ein großes Aufsehen von Sicherheitsmannschaften hatte die Infanterie Hindenburgs von seiner Wohnung bis zum Reichstagsgebäude durch eine fortlaufende Sperrkette gesichert. Kurz nach zehn Uhr verkündete lautes Durraufen die Ankunft des Generalfeldmarschalls. Zwei Schutzbataillone der Sicherheitswehr begleiteten Hindenburg auf seiner Fahrt als Ehreneskorte.

Unter dem Geleite der deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Dietrich und Warmuth betrat der Feldmarschall, General Ludendorff und Dr. Hefflerich gegen 10 1/2 Uhr den Sitzungssaal. Auf dem Zeugentisch lagen zwei prachtvolle weiße Christanthemen mit einer schwarz-weißen roten Schleiße zu Ehren der beiden Feldherren.

Am Zeugentisch trat ihnen der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Gothein entgegen und begrüßte den Feldmarschall mit kurzen Worten.

Abg. Gothein eröffnete sofort die Sitzung unter dem Hinweis, daß der Ausschuss dem Feldmarschall jene die große Mühehaltung und die Anstrengungen der Weisse erpart hätte. Da jedoch der General Ludendorff entscheidenden Wert darauf gelegt hat, mit Hindenburg gemeinsam vernommen zu werden, habe der Ausschuss nicht umhin gekonnt, auch ihn um sein Erscheinen zu bitten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg erwiderte mit lauter Stimme, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, an der Seite seines treuen Kampfgenossen in schwerer und großer Zeit vor dem Ausschuss zu erscheinen und er sei dankbar dafür, daß ihm dazu Gelegenheit gegeben worden sei und auch dankbar dafür, daß ihm die Weisse mit aller Möglichkeit erleichtert wurde.

Hindenburg schließt sich den Vorbehalten Dr. Hefflerichs an.

Von seiner Vereidigung ließ der Feldmarschall durch General Ludendorff eine Erklärung verlesen, die für die Vernehmung der Heerführer, sowie der übrigen Offiziere der Obersten Heeresleitung von wesentlicher Bedeutung ist. Unter Hinweis auf die Vorschriften der Verfassung und der Strafprozessordnung erklärte die Heerführer, daß sie eine

Aussagepflicht als für sie rechtlich verbindlich grundsätzlich nicht anerkennen

wären, sondern daß es sich, wie der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dessen Stellvertreter Dr. Hefflerich bereits darlegten, hier um die dem Rechtsbegriff aller Kulturländer widersprechende juristische Abnormität handele. Wenn sie sich gleichwohl zur Eidesleistung und zur Aussage entschlossen hätten, so geschähe dies lediglich, weil nach einem vierjährigen furchterlichen Kriege ein Volk, das so stark war wie das deutsche, Anstand darauf habe, völlig klar zu sehen, wie die Ereignisse sich in Wirklichkeit unverzerrt und ohne Parteilichkeit und Parteilichkeit abgepielt haben. Was das Verfahren vor dem Ausschuss anbelangt, so schließen sich die Heerführer den Vorbehalten des Staatssekretärs Dr. Hefflerich vollkommen an.

Hierauf leisteten Hindenburg und Ludendorff den Reueid, und zwar in der Form des religiösen Eides.

Die Vernehmung.

Die Fragen, die der Ausschuss an den Feldmarschall zu richten gedachte, waren ihm bereits vorher ausgegangen. Es sind dies folgende Fragen:

1. Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unausschießbar und aus welchen Gründen?
2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegenstände gegen die Eröffnung des U-Boot-Krieges bekannt? Aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die Gegenstände als stichhaltig nicht anerkannt?
3. Aus welchen Gründen nahm die Oberste Heeresleitung an, daß der Friedensappell Wilsons am 21. Dezember 1916 nicht auf die von der Reichsleitung angelegte Friedensaktion Wilsons zurückgehe?
4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Etappen der Wilsonaktion bekannt? Waren ihr insbesondere als der Entschluß zur Eröffnung des U-Boot-Krieges bekannt wurde, die Verlechte des Grafen Bernstorff bekannt?
5. Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne?
6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch, daß am 29. Januar 1917 der einer Besprechung im Großen Hauptquartier von Seiten der Reichsregierung ein Aufschub des Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht ins Auge gefaßt worden sei, während Herr v. Bethmann Hollweg in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Vor Beantwortung der ersten Frage hat der Feldmarschall Hindenburg, als Grundlage für sein gesamtes Tun und Handeln in der Kriegszeit eine kurze Darlegung verlesen zu dürfen. Der Feldmarschall legte in kurzen Zügen folgendes dar:

Als wir am 29. August 1916 die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg schon zwei Jahre im Gange. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Der Raum dehnte sich aus ins Gigantische. Die Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung, Krieges- und Weltwirtschaft griffen ineinander über. Das zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte an Menschen, Maschinen, Munition und wirtschaftliche Hilfsmittel waren für uns, und zwar von Anfang an, so ungünstig wie möglich. Niemals neigen die Werte der Zuspanderungen des Krieges, die moralische Qualität der Truppen, so schwer, niemals endlich waren die Leistungen der Minderheit so ungeheuer, wie in diesem Kriege.

Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die D. S. L. Rechnung zu tragen.

Getragen von der Liebe zum Vaterlande kann-

ten wir nur ein Ziel, das Deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits es einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir

den unerschütterlichen Willen zum Siege

haben. Dieser Wille zum Sieg war aber unbillig gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem ungleichen Kampf unterlegen müßten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat auf den Sieg auf dem Schlachtfeld eingestellt würde und die moralischen Kräfte von der Heimat erneuert würden. Wir sehen den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hat versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten. (Unterbrechung.)

Vorj. Gothein: Hier ist ein Werturteil, das ausgeschlossen sein soll von der Befragung der Zeugen. Ich erhebe also gegen diesen Satz Einspruch.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg (fortfahrend): Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden.

Wir betrachteten es als unsere vornehmste Aufgabe, den Krieg durch militärische Mittel so schnell und günstig wie möglich zu beenden, um der Reichsleitung es zu ermöglichen, die Geschicke des Landes wieder mit den normalen Friedensmitteln der Politik zu bestimmen. Trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre.

Als Hindenburg die Verfolgung der Parteinteressen für die Spaltung des Siegeswillens verantwortlich machte, erhob der Vorsitzende wiederholt Einspruch gegen die Abgabe von Werturteilen durch den Zeugen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg fährt fort: Die Geschichte wird über das, was ich nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Als wir unter Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Anzahl von Anträgen, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Ich wollte Kraft und Mitarbeit gewinnen, bekam aber Versagen und Schwäche. Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. Wir erhoben oft unsere warnende Stimme. Seit dieser Zeit setzte auch die heimliche Zerfegung von Heer und Flotte ein. Die Wirkung dieser Bestrebungen war der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung freihielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Befehle durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen miflingen, so mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein.

Ein englischer General sagte mit Recht, die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Das ist in großen Anteilen die traurige Folge des glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahllosen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist.

Am übrigen erklärte der Feldmarschall, daß General Ludendorff und er bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Uebereinstimmung gearbeitet haben und hiermit auch Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der D. S. L. seit dem 29. August 1916 vertreten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg ging nun zur Beantwortung der ersten Frage über und betonte, daß er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schon bei seinem Eintritt in die D. S. L. für geboten gehalten habe. General Ludendorff ging dann in längerer Ausführungen auf die Frage ein. Aus diesen geht hervor, daß für den Generalfeldmarschall und ihn bei der Stellungnahme Ende August gegen den U-Boot-Krieg und damit gegen den Chef des Admiralstabes lediglich der Grund maßgebend war, daß der Reichskanzler ein feindseliges Handeln Dänemarks und Hollands unter dem Druck Hollands in den Kreis seiner Berechnung zog und die D. S. L. keinen Mann übrig hatte, um die Grenzen zu schließen.

Ludendorff kommt dann auf die Bemerkungen der Reichsleitung zu sprechen, Wilson zu einer Friedensvermittlung zu bewegen. Die D. S. L. habe mit großer Spannung darauf gewartet, ob Wilson wirklich den Frieden vermitteln würde. Als nichts kam, seien sie nicht überrascht gewesen, da sie die engen wirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereinigten Staaten zu England kannten. Als dann der Reichskanzler

das Friedensangebot der Mittelmächte gemacht habe, machte die D. S. L. gleichfalls loyal mit, jedoch war sie in Uebereinstimmung mit dem Chef des Admiralstabes entschlossen, im Februar 1917 auf dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu bestehen, falls unser Friedensangebot abgelehnt werden sollte, da bis dahin Truppen aus Rumänien gegen Dänemark und Holland zur Verfügung standen, falls diese Länder durch England in den Krieg gezogen würden. Das Schlimmste, so setzte Ludendorff weiter auseinander, war die physische Anspannung der Truppen. Aber der Geist an der Front war noch ungebrochen. Immerhin war die Lage schon so, daß wir zu Lande auf einen Sieg allein nicht rechnen konnten. Wir konnten günstigfalls hoffen, in der Befreiung den feindlichen Siegeswillen zu lähmen. Das bedeutete den endlosen Krieg mit schweren Nachteilen für Land und Volk. un besaßen wir nach dem Urteil der Marine

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das uns diesem Ziele näher bringen konnte, das

deutsche Menschenleben erhalten und uns zu Lande den Sieg sichern konnte. In der Lage, in der wir uns befanden, war die Anwendung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dem deutschen Heer und dem deutschen Volk gegenüber eine Pflicht, wenn das Friedensangebot nicht angenommen wurde.

Mit einem kurzen Hinweis auf die Zensur und die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der politischen Hetzereien und Wählerereien im Heere und in der Marine ging die Beantwortung der ersten Frage zu Ende.

Man schritt sofort zur Beantwortung der übrigen Fragen, da General Ludendorff alle an ihn gerichteten Fragen im Zusammenhange zu beantworten wünschte. Die Fragen drei, vier und fünf beziehen sich auf die Annahme, Wilsons Friedensappell sei auf Englands Veranlassung erfolgt, und auf die Unterbrechung ob die Etappen der Wilsonaktion, besonders die Telegramme Bernstorffs, der Heeresleitung bekannt geworden sind, und ob wirklich die Heeresleitung geglaubt hat, daß durch den U-Boot-Krieg England zum Frieden gezwungen werden könnte. Die sechste Frage, die einen Gegensatz zwischen der Auffassung Bethmann Hollwegs und Ludendorffs feststellen soll, wird nach einer kurzen Erklärung des früheren Kanzlers ausgehakt.

Eine größere Anzahl von Verfügungen, Telegrammen Berichten und Denkschriften wird verlesen, ohne neue Tatsachen zu bringen.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung verwarfte sich Ludendorff gegen verschiedene Vorwürfe, die im Laufe der bisherigen Verhandlungen gegen ihn erhoben worden sind. Mit besonderem Nachdruck wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Oberste Heeresleitung sich gegen die Reichsregierung nicht loyal verhalten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Das müsse hier gesagt sein, gegenüber dem fortwährenden Versuch, die Lage so darzustellen, als ob die D. S. L. an allem Unglück schuld sei.

Politische Rundschau.

Die Befehlshaberbehörde von Speyer hat neu vorgeschrieben, daß die vormittags 10 Uhr am Dom ausgehende französische Fahne in dem Augenblick des Erdens der Fanaren von jedem Mann durch Abnehmen der Kopfbedeckung begrüßt werden muß.

Die englischen Quartiermacher für Flensburg sind nach Köln zurückgekehrt.

Um französischen Geschäftsträger in Berlin wurde Chassin de Marilly, der früherer französische Generalkonsul in Genoa, ernannt.

Eine Verammlung der Bodenreformer nahm im Kreis Busch in Berlin eine Entschließung an, in der die Wahl Adolf Damaskes zum Reichspräsidenten empfohlen wird.

Ein Verständigungsversuch im Sommer 1918. Die Londoner „Times“ machen in einem Leitartikel die Mitteilung von einem Verständigungsversuch zwischen den beiden kriegsführenden Parteien im Sommer 1918. Deutschland habe damals vorgeschlagen, aus der Haager Konferenz, die sich mit der Gefangenfrage beschäftigte, eine Friedenskonferenz ohne Verbindlichkeit zu machen. Dieser deutsche Vorschlag sei von Lloyd George und den anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts nicht zurückgewiesen worden, da sie mit der Möglichkeit rechneten, mit Deutschland auf der Basis zu einer Verständigung zu kommen, daß man ihm freie Hand nach Rußland und dem Orient gegeben hätte. Der Vorschlag sei auch von Lord Lansdowne unterstützt worden. Durch das Bekanntwerden des Planes in der breiten Öffentlichkeit wären aber alle Bemühungen, den Vorschlag zu verwirklichen, außerordentlich erschwert worden, und bevor man die Fäden wieder aufnehmen konnte, sei die Anregung Deutschlands durch die Offensive der Mittellerten im Juli 1918 hinfällig geworden.

Dr. Hefflerich abermals in Strafe genommen. Vor Abschluß der Vernehmung Dr. Hefflerichs kam es am Montag in der Nachmittagsitzung, die sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Fragen des U-Boot-Krieges befaßte, zu einem neuen Konflikt im Untersuchungsausschuss. Abg. Dr. Cohn sah sich veranlaßt, abermals eine direkte Frage an Dr. Hefflerich zu richten, die von dem Vorsitzenden Gothein in der sicheren Voraussicht, daß ein Konflikt daraus entstehen würde, aufgenommen wurde. Dr. Hefflerich erwiderte darauf, er werde die sachliche Beantwortung dieser Frage dem Vorsitzenden gegenüber nicht verweigern, mit anderen Worten, er lehnte es nach wie vor ab, dem Abg. Dr. Cohn zu antworten. Nach einstündiger Beratung wurde Dr. Hefflerich abermals in die höchst zulässige Ordnungsstrafe von 300 Mark genommen. Von der Verhängung der Zeugniszwangshaft, die in der Strafprozessordnung als zweite Zwangsmaßnahme bei einer Zeugnisverweigerung vorgesehen ist, hat der Ausschuss absehen wollen.

Freigabe des deutschen Mobilars in Elsaß-Lothringen. Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern in Karlsruhe stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen freizugeben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der französischen Regierung 25 000 000 Franken französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Bestimmung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen oder zu einer anderen als einer Geldstrafe verurteilt worden sind. Die Einzelheiten des Abkommens werden in kürzester Frist bekanntgegeben werden. — Der Text dieses Abkommens ist sehr unklar gehalten. Es ist daraus nicht zu ersehen, ob unter dem gesamten deutschen Mobiliar in Elsaß-Lothringen das Mobiliar aller vertriebenen Deutschen, oder auch alles, was Eigentum deutscher Unternehmungen gewesen ist, soweit nicht der Waffenstillstands- bzw. Friedensvertrag entgegensteht, zu verstehen ist.

Deutsch-lettischer Zwischenfall. Wie das Wemeler „Dampfbote“ meldet, überfiel am 13. November eine lettische Bande von etwa 30 Mann in der Nähe von Rujan einen von Dorfsam nach Rujan fahrenden Kleinbahnzug, in dem einige deutsche Arbeiter und

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das uns diesem Ziele näher bringen konnte, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das